

Ein bisschen erwachsen gibt es nicht

Die Spaßgeneration sorgt sich um die Zukunft – ein Interview mit Marco Bülow.

Von Winfried Kretschmer

Neue Töne aus der Generation Golf: Ein 33-jähriger SPD-Bundestagsabgeordneter appelliert mit großer Geste an seine Altersgenossen. Der Kern seines Aufrufs: Verantwortung übernehmen, sich einmischen, mitgestalten und den Zorn in Engagement verwandeln. Es wird höchste Zeit, ansonsten bürde man den nächsten Generationen immer mehr Schulden und schlechtere Lebensverhältnisse auf. Deshalb fordert er einen neuen Gesellschaftsvertrag der Solidarität. Nur wenn alle mitmachen, brauche man sich nicht mehr als Opfer der herrschenden Verhältnisse fühlen. Und den Miesmachern und Mieslingen das Parkett überlassen.

Marco Bülow, 1971 in Dortmund geboren, studierte Journalistik und Geschichtswissenschaft. In seinem ersten Studienjahr trat er der SPD bei und engagierte sich in der Hochschulgruppe der Jungsozialisten. 1994 wurde er Vorsitzender der Dortmunder Jusos, 1996 wurde er mit 24 Jahren in den Dortmunder SPD-Vorstand gewählt, 2002 zog er als einer der jüngsten Abgeordneten in den Bundestag ein. Dort engagiert er sich für nachhaltige Energiepolitik und für die Zukunftssicherung der nachfolgenden Generationen.

Herr Bülow, Generation Zukunft – ist das Zustandsbeschreibung oder Programm?

Das ist Programm, ein wenig Vision vielleicht auch, aber es ist sicher noch nicht der Ist-Zustand. Es muss der Ist-Zustand werden, denn die Zeiten, in denen es jeder Generation ein bisschen besser geht als der vorangehenden, sind vorbei. Deswegen muss die kommende Generation sich darum kümmern, dass sie zumindest diesen Lebensstandard halten kann. Dazu muss sie aktiv werden – denn das geht nicht von selbst.

In Ihrem Buch steckt eine Menge Zorn?

Zorn würde ich es nicht nennen. Eher ein wenig Angst – Angst vor dem, was passiert, wenn die Menschen sich nicht engagieren. Aber es steckt auch Hoffnung darin, dass es die nächste Generation anders und besser machen und damit die Zukunft sichern wird. Aber sicher verschweige ich nicht, was mich nervt. Für mich wirkt dieser Ärger jedoch als Antrieb. Meine Hoffnung ist, dass auch andere sich einmischen und ihren Zorn in Engagement verwandeln – und sich nicht von der Politik abwenden!

Vor nicht allzu langer Zeit hat man noch von der Generation Golf gesprochen – und Sie erklären nun die „Generation Zukunft“ zum



© Sauro Porta, München.

Programm. Wie kam es zu diesem schnellen Wandel in der Selbstdefinition einer Generation, der Etwas-über-30-Jährigen?

Erst mal würde ich es weiter fassen: Ich würde mir wünschen, dass diese „Generation Zukunft“ eben nicht nur die jetzt 30- bis 40-Jährigen umfasst, sondern dass die Jüngeren mitgezogen werden und mitmachen. Ich glaube, dass wir diesen schnellen Wandel brauchen, denn die Generation Golf wird nicht lange überleben – und eigentlich ist sie bereits am Absterben. Wenn man sich um nichts mehr schert, sondern nur seinen Spaß haben will, dann wird man sehr schnell an Grenzen stoßen. Von den Sozialversicherungssystemen bis zum Klimawandel gibt es eine Menge Probleme, die wir nicht allein denen überlassen können, die 60 oder 70 sind. Hier müssen Jüngere Verantwortung übernehmen. Es ist höchste Zeit. Wenn wir uns weiter so verschulden, wie es im Augenblick geschieht, werden die Spielräume der heute 30- oder 20-Jährigen in Zukunft sehr eingeschränkt sein. Und deshalb muss man jetzt ran.

Sich einmischen als generelle Haltung zur Welt, nicht nur in der Politik?

Ja, in allen Bereichen: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Wenn man das nur auf die Politik bezieht, wird man scheitern. Denn Politik allein wird die Probleme gar nicht lösen können, dazu ist die Wirtschaft zu unabhängig geworden. Und es muss auch aufhören, dass Politiker sagen, wir werden das alles regeln – ihr müsst nur uns wählen. Diese Zeiten sind vorbei. Mir ist es egal, wo die Leute sich einmischen – Hauptsache, sie übernehmen Verantwortung und denken nicht nur an ihren Geldbeutel und an das, was morgen passiert. Sondern vielleicht auch an das, was übermorgen sein wird.

Welches sind Ihrer Ansicht nach in der Gesellschaft und in der Wirtschaft die wichtigen Themen, die angepackt werden müssten?

Ich glaube, dass es eine Kombination sein muss. Meine Hauptthese ist, dass wir eine nachhaltige Gesellschaft brauchen – und das bedeutet, dass wir sowohl Ökonomie, Ökologie und Soziales verknüpfen müssen. Auch wer von Berufs wegen stark zu einer Seite tendiert, darf die beiden anderen Aspekte nicht vernachlässigen. Natürlich muss jeder sehen, dass er in seinem Job klar kommt, dass er Erfolg hat, aber er darf nicht vergessen, dass nach dem nächsten Quartalsbericht, nach der nächsten Ausgabe der Zeitung oder nach den nächsten Wahlen das Leben weitergeht. Deshalb meine ich, dass die beste Wirtschaftspolitik, die beste ökologische Politik, die beste Gesellschaftspolitik immer die ist, die eben auch die nachfolgenden Jahre im Blick hat. Und ich glaube, dass jeder seinen Teil dazu beitragen kann, auch außerhalb der Politik.

Zu den Inhalten: Deutschland 2004 – in knappen Worten Ihre Zustandsbeschreibung?

Wenn man 2000 und 2004 vergleicht, fällt auf, dass vieles in düsteren Farben gemalt wird, obwohl das Bruttoinlandsprodukt in diesem Zeitraum deutlich gestiegen ist. Leider gab es jedoch nicht viel Wachstum, keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt und der Schuldenberg ist gewachsen – all das sind keine Daten, die einen beglücken können. Trotzdem glaube ich, dass gerade dies zu einem Umdenken führt: nämlich, darüber nachzudenken, was in Zukunft anders gemacht werden kann. Im Vergleich zu 2000 haben wir den Vorteil, dass viele Reformen angestoßen worden sind, die überfällig waren und ihre Wirkung erst in den nächsten Jahren entfalten werden. Das haben wir zumindest hinter uns – und es war sehr notwendig. Doch stehen wir in anderen Bereichen vor ähnlichen Herausforderungen.

Sie machen in Ihrem Buch eine sehr große Bandbreite auf – von der Globalisierung bis zur Rentenversicherung. Wir haben aber nur wenig Zeit – ein Vorschlag: Ich nenne Ihnen eine Reihe von Stichworten, und Sie sagen kurz und knapp, was Ihnen dazu einfällt. Globalisierung?

Ein Prozess, den man nicht weglegen kann, mit dem man umgehen muss. Der aber nicht wie ein Gewitterregen über einem niedergeht, sondern den man versuchen muss, zu gestalten.

16 Bundesländer?

Viel zu viele! Hoher bürokratischer Aufwand. Und viel zu viel Geld, das dafür hinausgejagt wird. Die Hälfte der Bundesländer würde vollkommen ausreichen, um dennoch einen Bundesstaat zu haben, in dem Länder eine Hoheit bekommen.

Weltregierung?

Ich glaube, dass die UNO gestärkt werden muss, da viele Herausforderungen und Probleme im Globalen liegen und wir es uns nicht gefallen lassen dürfen, dass ein einziges Land bestimmt, was in dieser Welt gemacht wird und was nicht. Es muss vielmehr eine Zusammenarbeit von vielen Staaten und Ländern geben. Deshalb könnte eine Art Weltregierung – wenn auch nicht mit allen möglichen Kompetenzen – der richtige Weg sein.

Wenn Sie bitte den Satz ergänzen: Jede Generation muss so handeln ...

... dass sie politisch aktiv ist, aber die Welt so hinterlässt, dass die nachfolgende Generation mindestens die gleichen Chancen auf eine hohe Lebensqualität hat.

Ist das Generationengerechtigkeit?

Im Prinzip ja. Generationengerechtigkeit hat natürlich eine doppelte Bedeutung: Einmal, dass die nachfolgenden Generationen die gleichen Chancen bekommen, die man selbst hat. Aber auch, dass auch innerhalb der jetzt lebenden Generation Gerechtigkeit herrscht. Generationengerechtigkeit bezieht sich nicht nur auf die sozialen Versicherungssysteme. Das ist sicher ein wichtiges Feld – aber es ist falsch, es nur darauf zu verkürzen. Wenn man Politik nicht im Kontext deutet und diskutiert, ist das sehr schwierig.

Solidarität?

Solidarität ist für viele ein altmodisches Wort. Aber es bedeutet nichts anderes als Gerechtigkeit innerhalb einer Generation wie auch zwischen den Generationen.

Godesberger Programm?

... war ein sehr großer Wurf, eine Art Befreiungsschlag der SPD, sich den Verhältnissen zwar nicht anzupassen, aber sie zur Kenntnis zu nehmen und daraus die Visionen und die Perspektiven umzugestalten. Ich glaube, dass wir heute ein anderes Programm brauchen, bestimmte Grundwerte des Godesberger Programms aber noch immer richtig sind. Soziale Gerechtigkeit als Grundwert war und muss weiterhin den Kern der Sozialdemokratie und auch der sozialen Marktwirtschaft bilden.

Jenseits der Erwerbsarbeit?

Die Erwerbsarbeit, so, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen – mit Vollbeschäftigung und einem hohen Grad an Sicherheit –, wird es in Zukunft leider nicht mehr geben, weil wir für einen Zuwachs an Produktivität nicht mehr so viele Arbeitskräfte brauchen wie früher. Deshalb muss man sich die

Frage stellen, wie die Arbeit in Zukunft aussehen kann – ohne heilige Kühe zu schützen. Nicht alle Menschen werden in produktiver Erwerbstätigkeit arbeiten. Es wird eine Art Bürgerarbeit geben, die durch den Staat als Katalysator organisiert wird. Denn wir brauchen mehr soziales Engagement, nicht zuletzt, weil es immer mehr ältere Menschen gibt – und immer weniger jüngere, die sie pflegen können.

Die Deutschen arbeiten zu wenig?

Glaube ich nicht. Ich glaube, dass sie teilweise – da schließe ich aber nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber ein – zu wenig nachhaltig, zu wenig motiviert arbeiten und vielleicht nicht effizient genug sind.

Wachstum?

... ist für mich keine heilige Kuh. Sicher ist Wachstum notwendig – nur was wachsen soll, steht auf einem anderen Blatt. Ich glaube, dass das Wachstum von Lebensqualität eine andere Priorität hat als das Wirtschaftswachstum. Das gilt es so zu steuern, dass nicht etwas wächst, das an anderer Stelle Schäden verursacht. Kurzfristiges Wachstum schadet unter Umständen anderswo und wird so zum Nullsummen- oder sogar Minusspiel.

Nebenschauplätze?

Ich glaube, dass wir gerade in der Politik, aber auch in der Öffentlichkeit insgesamt, zu viele Nebenschauplätze eröffnen. Wir diskutieren, ob eine Stunde länger gearbeitet wird, ob der Feiertag X oder die Kaffeepausen gestrichen werden sollen – aber wir führen zu wenig die Kerndebatten, um die es wirklich geht. Zum Beispiel die Gallup-Studie, die zeigt, dass die Deutschen am Arbeitsplatz ziemlich unmotiviert sind. Ich glaube, dass es viel mehr bringen würde, wenn man darüber spricht, warum das so ist, und versucht, es zu ändern. Wenn jemand acht Stunden sehr effizient und motiviert arbeitet, dann bringt er eine Menge mehr Leistung und Produktivität als jemand, der zehn Stunden Arbeit herunterreißt und froh ist, wenn er nach Hause gehen kann. Darüber sollten wir reden – aber solche Diskussionen finden viel zu wenig statt, denn sie sind nicht so einfach auf platte Formeln zu bringen. Es ist schade, dass heute mehr die tolle Schlagzeile zählt – und wir dann Diskussionen führen müssen, die eigentlich nur am Rande eine Rolle spielen. Das macht mich manchmal wütend.

33 Jahre?

[lacht] Bin ich im Augenblick. Ist aber nur eine Zahl, die nichts zu sagen hat. Ich kenne Leute, die sind auch mit 50 noch sehr jugendlich. Auf der anderen Seite habe ich Kollegen im Bundestag, die jünger sind als ich, aber schon sehr angepasst und alt im Kopf.

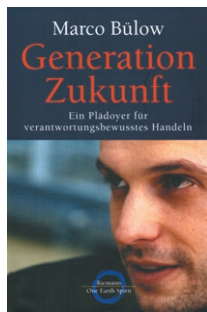
Herr Bülow, Sie haben sich viel vorgenommen: Von der Weltregierung bis hinunter zu einer konkreten Programmatik zur Neugestaltung des Landes – muten Sie sich nicht etwas viel zu?

Ich halte es für sehr wichtig, dass jeder in seinem Umfeld oder in einem kleinen Ausschnitt der Politik bestimmte Akzente setzen kann – und das ergibt dann zusammen ein Gesamtbild. Es muss sich nicht jeder mit Globalisierung, Bildung bis hin zu den sozialen Versicherungssystemen auseinandersetzen und das alles zu verstehen und zu verändern versuchen. Dann hätte man sich in der Tat zu viel vorgenommen. Aber wenn jeder einen kleinen Beitrag leisten würde, dann wäre schon viel geholfen. Es kann nicht sein, dass immer nur wenige das bestimmen, was in unserem Land oder in der Welt passiert und alle anderen die Konsequenzen mitzutragen haben.

Wir haben heute eine Situation, in der sich das alte Politikmonopol auflöst. Wo NGOs auf den Plan treten, wo Unternehmen beginnen, eine politische Rolle zu spielen. Wie sehen Sie als Politiker dieses sich verbreiternde politische Feld?

Mir ist da nicht bange. Das ist ein Ausdruck der Zeit. Und das ist in Ordnung. Nur muss es eben auch in den Köpfen eine Wirkung haben: In den Köpfen der Politiker, die immer noch glauben, sie könnten alles alleine gestalten und den Wählern verkaufen – das muss aufhören. Genauso muss aber bei den NGOs, und erst recht bei den Wirtschaftsunternehmen, die Einsicht wachsen, dass sie eine Verantwortung zu tragen haben – nicht nur für ihre Organisation oder ihr Unternehmen, sondern für die Menschen insgesamt. Wenn das passiert, dann ist es sogar gut, dass es keine Allmacht einer Regierung oder einer politischen Kaste mehr gibt, sondern ein Zusammenspiel verschiedener Kräfte. Aber dazu muss sich etwas in den Köpfen der Protagonisten verändern – und vor allem derjenigen, die Macht haben.

Winfried Kretschmer, Journalist und Autor, arbeitet als freier Mitarbeiter für changeX.



Marco Bülow:

Generation Zukunft.

Ein Plädoyer für verantwortungsbewusstes Handeln,

Riemann Verlag, München 2004,

285 Seiten, 18 Euro,

ISBN 3-570-50058-6

www.randomhouse.de/riemann

www.marco-buelow.de